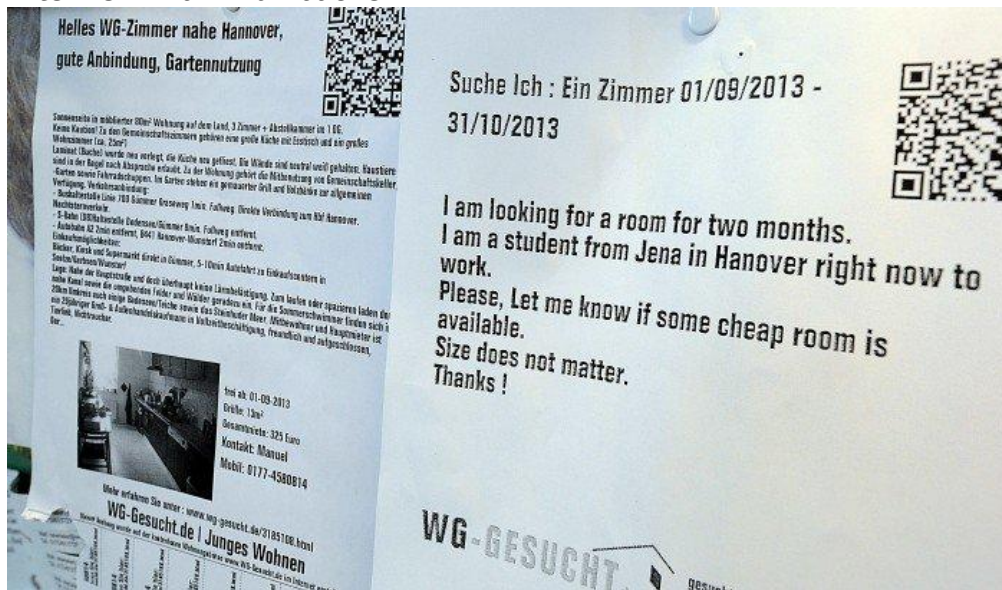


» Es ist höchste Zeit, dass die Politik reagiert «

Für Studierende wird die Wohnungsnot immer größer. Nötig wäre ein massives Neubauprogramm. Ein Gespräch mit Josefine Geib

Interview: Ralf Wurzbacher



HOLGER HOLLEMANN/DPA-BILDFUNK

Josefine Geib ist Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen, dem Studierendenverband der SPD. Sie ist 21 Jahre alt und studiert an der Goethe-Uni in Frankfurt Germanistik und Geschichte

Foto: Holger Hollemann/dpa-Bildfunk

Alle Jahre wieder in den Wochen vor Beginn des Wintersemesters macht das Thema Wohnungsnot unter Studierenden die Runde. Ist die Lage dieses Mal so ernst wie in den Vorjahren?

Die Situation hat sich sogar weiter verschärft. Wir erleben seit Jahren, dass immer mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen und alle ein Dach über dem Kopf brauchen. Gleichzeitig sind die Mieten – vor allem in den Hochschulstädten, Metropolen und Ballungsräumen – steil nach oben gegangen. Dazu kommt, dass beim sozialen Wohnungsbau massiv gekürzt wurde und die Ausstattung mit Wohnheimplätzen nicht annähernd mit den Entwicklungen mithält. Es ist deshalb allerhöchste Zeit, dass die Politik reagiert!

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) fordert seit Jahren, dass zusätzlich mindestens 25.000 neue Wohnheimplätze gebaut werden müssen. Ist diese Größenordnung nicht längst von der Zeit überholt?

Mehr wären sicherlich noch besser, aber es wäre auch schon ein großer Schritt, überhaupt 25.000 zu bauen. Danach sieht es aber leider nicht aus. Es gibt sogar Bundesländer, die ihren Bestand aus Spargründen reduziert haben, obwohl auf dem freien Markt Wohnraum immer knapper und teurer geworden ist. In Städten wie München, Hamburg oder Köln muss man heute häufig 400 Euro und mehr für ein Zimmer bezahlen. Das können sich viele Studierende nicht mehr leisten.

Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat jüngst angekündigt, den Bau von sogenannten Mikrowohnungen mit 120 Millionen Euro zu fördern. Geld soll es für Investoren dabei nur geben, wenn sie die Miete über Jahre konstant halten. Ist das nach Ihrem Geschmack?

Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich und hoffen sehr, dass damit schnellstens angefangen wird. Wichtig ist uns dabei, dass die Miethöhe die BAföG-Wohnpauschale nicht übersteigt, die in einem Jahr auf 250 Euro angehoben wird. Darüber hinaus plädieren wir für eine ortsgebundene Mietpauschale beim BAföG. Studierende in teuren Städten müssen entsprechend höher bezuschusst werden als solche in günstigeren Regionen.

Hendricks Modell hört sich schön an, soll aber erst 2016 anlaufen. Davon hat aktuell kein Studierender etwas.

Das darf natürlich nicht alles sein, was passiert. Es muss auch darum gehen, dass Studierende außerhalb der Heime bezahlbaren Wohnraum finden. Deshalb muss dringend gebaut werden, insbesondere der soziale Wohnungsbau muss wieder vorangetrieben werden. Die massiven Kürzungen der zurückliegenden Jahre müssen rückgängig gemacht werden. Die Ministerin hat ja auch in diesem Punkt Besserung versprochen.

Sie will die Länder beim sozialen Wohnungsbau stärker unterstützen und vor allem den Neubau in Mangelgebieten forcieren. Was geben Sie darauf?

Der Handlungsdruck ist mit den vielen Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, noch größer geworden. Auf keinen Fall dürfen die verschiedenen Gruppen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind – also sozial Bedürftige, Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen, Studierende und eben Geflüchtete – gegeneinander ausgespielt werden. Ihnen allen muss geholfen werden. Wir sprechen uns deshalb gegen Sammelunterkünfte aus und fordern eine dezentrale Wohnraumversorgung der Geflüchteten.

Was aber die Wohnungsknappheit kurzfristig noch einmal verschärfen würde?

Wir meinen, dass vor allem der bestehende Leerstand, den es gerade in Großstädten zuhauf gibt, zügig genutzt werden müsste. Aber klar, das allein deckt noch nicht den Bedarf. Bund und Länder müssen endlich ausreichend Geld in die Hand nehmen und vor allem den Neubau vorantreiben.

Am gestrigen Mittwoch fand im Bundestag ein Fachgespräch zur Problematik statt. Bisher gab es solche Plauderrunden – wie etwa die »Runden Tische« von Exbauminister Peter Ramsauer – nur für die Galerie. Womit rechnen Sie diesmal?

Der Druck ist inzwischen so groß, dass endlich etwas passieren muss. Wenn nicht, müssen die Betroffenen zum Protest auf die Straße. Da sitzen sie ohne Wohnung sowieso schon.